

NIEDERSCHRIFT

Gremium	Stadtverordnetenversammlung
Sitzungsnummer	STVV/025/2024 Öffentliche Sitzung
Sitzungsdatum	Donnerstag, 19.09.2024
Sitzungsbeginn	19:00 Uhr
Sitzungsende	22:06 Uhr
Sitzungsort	Idstein, Stadthalle, Saal 1

Teilnehmerliste

Stadtverordnetenvorsteher

Herr Thomas Zarda

CDU-Fraktion

Herr Thomas Grzesik ab 19:53 Uhr, zu TOP 5
 Herr Dr. Thomas Hahn ab 19:14 Uhr, zu TOP 3
 Herr Lars Hockstra
 Frau Petra Ludwig
 Frau Svenja C. Milster ab 19:08 Uhr, vor Beginn TO
 Herr Mathias Nippgen-van Dijk ab 19:14 Uhr, zu TOP 3
 Herr Peter Piaskowski
 Frau Dr. Alexia Schadow ab 19:49 Uhr, zu TOP 5
 Herr Frank Strathmann
 Herr Matthias Martin Telschaft-Stachowski
 Herr Steffen von der Heidt
 Herr Peter Zimmer

Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen

Frau Silke Bohrer
 Herr Dr. Olaf Brünger
 Frau Miriam Deppe
 Herr Patrick Enge
 Frau Kerstin Meinhardt
 Herr Timo Müller
 Frau Annette Reineke-Westphal
 Herr Gert Richter
 Herr Michael Scheurich ab 19:34 Uhr, zu TOP 5
 Herr Martin Stappel

SPD-Fraktion

Herr Sven Hölzel
 Frau Sieglinde Kilb
 Frau Sina Kilb
 Frau Dagmar Kraus
 Frau Lena Kreutzmann bis 21:30 Uhr, bis TOP 6
 Herr Holger Schmerr
 Herr Marius Weiß

FWG-Fraktion

Frau Ursula Anton-Müller
 Herr Joachim Kilian
 Herr Karl-Heinz Massier
 Herr Andreas Ott

ULI-Fraktion

Frau Dr. Birgit Anderegg
Herr Marc Eisele
Frau Ursula Oestreich

FDP-Fraktion

Herr Dr. Dr. Andrik Abramenko
Herr Roland Hoffmann
Herr Olaf Karp

Herr Christian Kessner (AfD)

Vertreter des Magistrats

Herr Christian Herfurth

Mitglieder des Magistrats

Herr Stefan Krebs
Herr Hans-Egon Baasch
Herr Jürgen Christian
Herr Carsten Enge
Frau Ute Guckes-Westenberger
Herr Karl-Wilhelm Höhn
Frau Beate Melischko
Herr Dr. Jochem Müller
Frau Birgit Zarda

Mitglieder der Verwaltung

Frau Carina Eichstädt
Herr Jörg Jansen
Herr Axel Wilz

Schriftführerin

Frau Daniela Hornisch

Es fehlten entschuldigt

Herr Dr. Heinz Ludwig Berger
Herr Dr. Rainer Dambeck
Frau Pia Dettloff
Herr Joachim Mengden
Herr Wolfgang Müller
Herr Paul Pokoyski
Herr Patrick Schauß

Tagesordnung

Tagesordnung I		
1		Genehmigung der Niederschrift der letzten Sitzung
2		Mitteilungen des Stadtverordnetenvorstehers
3		Mitteilungen des Magistrats
3.1	173/2024	Bericht zum Stand des Haushaltsvollzugs (01.01.2024 - 30.06.2024)
4		Anfragen nach § 18 der Geschäftsordnung
4.1	197/2024	Anfrage der FDP-Fraktion betr. Einmündung L3274 in die B 275 und Autobahnauffahrt Idstein Nord
4.2	198/2024	Anfrage der FDP-Fraktion betr. Retentionsräume und Wasserrückhaltung
4.3	213/2024	Anfrage der ULI-Fraktion zu DS 156/2022 betr. Möglichkeiten und Auswirkungen der Einführung von Grundsteuer C und/oder Zweitwohnungssteuer
4.4	214/2024	Anfrage der ULI-Fraktion betr. fortlaufende Berichterstattung Tournesol
4.5	215/2024	Anfrage der ULI-Fraktion betr. Nutzung des Tournesol Freibades
4.6	219/2024	Anfrage der SPD-Fraktion betr. Neue Voraussetzung für die Anordnung von Tempo 30
4.7	220/2024	Anfrage der SPD-Fraktion betr. Probleme bei der Postzustellung
5	181/2024	Haushaltsplan 2025 mit Stellenplan
6	062/2024	Umbenennung Rudolf-Dietz-Straße, Idstein-Kern
7	149/2024	Antrag der FWG-Fraktion betr. Änderung der Hauptsatzung – Verringerung der Zahl der Stadtverordneten in der Stadtverordnetenversammlung
8	190/2024	Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Idstein betr. Instandsetzung Buswartehallen
9	148/2024	Prüfantrag der FWG-Fraktion betr. Bewerbung der Hochschulstadt Idstein für den Hessentag 2027 und/oder 2028
Tagesordnung II		
10	072/2024	2. Änderung der Richtlinie über die Budgets der Ortsbeiräte der Stadt Idstein
11	155/2024	Gleichstromverbindung Ultranet - Einlegung von Rechtsmitteln für eine evtl. Besitzeinweisung auf Antrag der Fa.Amprion an die Bundesnetzagentur (BNetzA)
12	169/2024	Initiierung einer Interkommunalen Zusammenarbeit (IKZ) zur Wahrnehmung von Aufgaben aus dem Hinweisgeberschutzgesetz und der Einrichtung einer gemeinsamen internen Meldestelle zwischen den Kommunen Hünstetten, Idstein, Taunusstein und dem RTK
13	177/2024	Beteiligungsbericht 2022
14	182/2024	Grundhafte Erneuerung der Breslauer Straße 2. BA, Danziger Straße und Egerlandstraße mit Verlegung neuer Entwässerungs- und Wasserversorgungsleitungen – Freigabe der Vorplanung und der weitergehenden Maßnahmen

15	184/2024	Umbau und Erweiterung Feuerwehr Dasbach (Maßnahme 165) – Beauftragung der Umsetzung
16	185/2024	Umbau und Erweiterung Feuerwehr Ehrenbach (Maßnahme 163) – Beauftragung der Umsetzung
17	186/2024	Neubau Feuerwehrgerätehaus Niederauroff (Maßnahme 152) - Beauftragung der Umsetzung
18	187/2024	Neubau Feuerwehrgerätehaus Wörsdorf (Maßnahme 153) - Beauftragung der Umsetzung
19	192/2024	Antrag der SPD-Fraktion betr. Auswirkungen einer Grundsteuer C
20	193/2024	Berichts Antrag der ULI-Fraktion betr. Förderung der Sprachkompetenz bei Kita-Kindern
		Zu vertagen:
21	113/2024	Erwerb von Grundstücken des Hofguts Gassenbach
22	142/2024	Richtlinien des Sozialfonds der Hochschulstadt Idstein
23	191/2024	Prüfantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Idstein betr. Prüfung Frauenhaus
		Für erledigt zu erklären:
24	163/2024	Dringlichkeitsantrag der FDP-Fraktion betr. Einreichung einer Ultramet- Alternativtrasse
25	189/2024	Berichts Antrag des Stadtverordneten Kessner betr. Status zum Projekt Sanierung der Bahnhofsanlagen des Bahnhofs Idstein durch DB InfraGO AG
26	195/2024	Antrag der FDP-Fraktion betr. Sanierung der Idsteiner Bahnhofsunterführung
27	196/2024	Antrag der FDP-Fraktion betr. vorzeitige Ultramet-Besitzeinweisung

Stadtverordnetenvorsteher Zarda begrüßt die Anwesenden und stellt die Beschlussfähigkeit fest. Er trägt vor, dass die Zustellung für die Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 11. September 2024 stattfand und die öffentliche Bekanntmachung am 13. September 2024 in dem Wiesbadener Kurier erfolgte.

Des Weiteren informiert er über folgende digital zugestellte Tischvorlagen:

- Änderungsantrag der ULI-, GRÜNE-, SPD-Fraktion zur Drucksache Nr. 062/2024 betr. Umbenennung Rudolf-Dietz-Straße (TOP 6)
- Änderungsantrag der GRÜNE-Fraktion zur Drucksache Nr. 190/2024 betr. Instandsetzung Buswartehallen (TOP 8)
- Anfrage der SPD-Fraktion betr. Neue Voraussetzung für die Anordnung von Tempo 30 Drucksache Nr. 219/2024
- Anfrage der SPD-Fraktion betr. Probleme bei der Postzustellung, Drucksache Nr. 220/2024
- Ergänzungsantrag der FWG- und GRÜNE-Fraktion zur Drucksache Nr. 062/2024 betr. Umbenennung Rudolf-Dietz-Straße (TOP 6)
- Konkurrierender Hauptantrag der CDU-Fraktion zur Drucksache Nr. 190/2024 betr. Instandsetzung Buswartehallen (TOP 8).

Er teilt mit, dass für die ULI-Fraktion an Stelle von Stadtverordneter Oestreich künftig Stadtverordneter Eisele im Ausschuss für Jugend, Kultur, Sport und Soziales vertreten ist.

Weiter teilt er mit, dass für den ausgeschiedenen Stadtverordneten Zeug für die SPD-Fraktion Stadtverordnete Kreuzmann in den Ausschuss für Jugend, Kultur, Sport und Soziales nachgerückt ist.

Anschließend gedenken die Stadtverordneten der verstorbenen ehemaligen Mandatsträger Herrn Franz Klement und Herrn Wolfgang Heller.

Sodann bittet Stadtverordnetenvorsteher Zarda die ausstehenden Meldungen der Anzeigepflicht nach § 26 a HGO zeitnah bei dem Körperschaftsbüro einzureichen.

Im Anschluss stellt er die Frage, ob Änderungs- oder Ergänzungswünsche zur Tagesordnung vorliegen.

Stadtverordnete Oestreich bittet darum, die Drucksache Nr. 148/2024 Prüfantrag der FWG-Fraktion betr. Bewerbung der Hochschulstadt Idstein für den Hessentag 2027 und/oder 2028 auf der Tagesordnung I zu behandeln.

Stadtverordneter Kessner bittet um Einzelabstimmung der Drucksache Nr. 169/2024 betr. Initiierung einer Interkommunalen Zusammenarbeit (IKZ) zur Wahrnehmung von Aufgaben aus dem Hinweisgeberschutzgesetz.

Über die vorgenannten Vorschläge besteht Einvernehmen.

Protokollierung

	Tagesordnung I
--	-----------------------

1	Genehmigung der Niederschrift der letzten Sitzung
---	----------------------------------------------------------

Bemerkungen:

Die Niederschrift der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung vom 4. Juli 2024 wird einvernehmlich genehmigt.

2	Mitteilungen des Stadtverordnetenvorstehers
---	----------------------------------------------------

Bemerkungen:

Keine.

3	Mitteilungen des Magistrats
---	------------------------------------

Bemerkungen:

Bürgermeister Herfurth bezieht sich auf die Stellungnahme im Rahmen des Planfeststellungsverfahrens betr. Gleichstromverbindung Ultramet. Er berichtet darüber, dass die beauftragte Kanzlei bei der Bundesnetzagentur Fristverlängerung zur Einreichung einer Stellungnahme beantragt hat. Dem Antrag wurde bis zum 16.09.2024 seitens der Bundesnetzagentur stattgegeben. Die Kanzlei hat daraufhin den Gesamtentwurf einer Stellungnahme erarbeitet und mit den Städten Idstein und Hofheim am Taunus, der Gemeinden Hünstetten und Niedernhausen sowie dem Rheingau-Taunus-Kreises abschließend abgestimmt. Die Stellungnahme ist als Gesamtstellungnahme aller vorgenannten Städte, Gemeinden und des Kreises verfasst und beinhaltet zusammenfassend deren Belange. Sie beinhaltet auch die Darstellung der beiden Alternativtrassen im Bereich der Gemarkung Idstein (Bereich Gänsberg/Füllenschlag und Wörsdorf),

wobei sich die Alternativtrasse Gänsberg/Füllenschlag innerhalb des 200-Meter-Korridors bewegt, während die Alternativtrasse für den Bereich Wörsdorf diesen Korridor vor dem Hintergrund der bestehenden Siedlungsausdehnung nicht vollständig einhalten kann. Die Stellungnahme wird seitens der Kanzlei fristgerecht zum 16.09.2024 bei der Bundesnetzagentur eingereicht.

Auf Nachfrage von Stadtverordneten Hoffmann sagt Bürgermeister Herfurth zu, die Stellungnahme den Fraktionsvorsitzenden per E-Mail zu übersenden.

3.1	173/2024	Bericht zum Stand des Haushaltsvollzugs (01.01.2024 - 30.06.2024)
-----	----------	--------------------------------------------------------------------------

Bemerkungen:

Stadtverordneter Hoffmann bemängelt das hohe Defizit im ersten Halbjahr diesen Jahres und fragt, ob eine Verbesserung diesbezüglich in Aussicht ist.

Bürgermeister Herfurth begründet das Defizit mit den Steuerterminen. Er weist darauf hin, dass das vollständige Ergebnis erst am Ende des Jahres sichtbar wird und ein Defizit auch durch Rücklagen gedeckt werden kann.

Anschließend wird die Mitteilung des Magistrats betr. Bericht zum Stand des Haushaltsvollzugs (01.01.2024 - 30.06.2024) zur Kenntnis genommen.

4		Anfragen nach § 18 der Geschäftsordnung
---	--	------------------------------------------------

4.1	197/2024	Anfrage der FDP-Fraktion betr. Einmündung L3274 in die B 275 und Autobahnauffahrt Idstein Nord
-----	----------	-------------------------------------------------------------------------------------------------------

4.2	198/2024	Anfrage der FDP-Fraktion betr. Retentionsräume und Wasserrückhaltung
-----	----------	-----------------------------------------------------------------------------

4.3	213/2024	Anfrage der ULI-Fraktion zu DS 156/2022 betr. Möglichkeiten und Auswirkungen der Einführung von Grundsteuer C und/oder Zweitwohnungssteuer
-----	----------	---------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------

4.4	214/2024	Anfrage der ULI-Fraktion betr. fortlaufende Berichterstattung Tournesol
-----	----------	--------------------------------------------------------------------------------

4.5	215/2024	Anfrage der ULI-Fraktion betr. Nutzung des Tournesol Freibades
-----	----------	-----------------------------------------------------------------------

4.6	219/2024	Anfrage der SPD-Fraktion betr. Neue Voraussetzung für die Anordnung von Tempo 30
-----	----------	-----------------------------------------------------------------------------------------

4.7	220/2024	Anfrage der SPD-Fraktion betr. Probleme bei der Postzustellung
-----	----------	-----------------------------------------------------------------------

Bemerkungen:

Auf Nachfrage von Bürgermeister Herfurth werden die Beantwortungen der Anfragen der Niederschrift als Anlage beigefügt.

5	181/2024	Haushaltsplan 2025 mit Stellenplan
---	----------	------------------------------------

Bemerkungen:

Bürgermeister Herfurth bringt den Entwurf der Haushaltssatzung mit Haushaltsplan 2025 ein und erläutert in einem ausführlichen powerpointunterstützten Vortrag die Eckpunkte des Zahlenwerks. Zudem geht er insbesondere auf die geplanten Maßnahmen und Ziele ein.

Stadtverordneter von der Heidt stellt die Frage, ob die Präsentation der Niederschrift als Anlage beigefügt werden kann.

Bürgermeister Herfurth sagt eine Überprüfung zu.

Der Entwurf des Haushaltsplans 2025, Drucksache-Nr. 181/2024, wird auf Antrag der Vorsitzenden des Haupt- Finanz- und Wirtschaftsausschusses, Stadtverordneter Kraus, zur Beratung an die Ausschüsse unter der Federführung des Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsausschusses verwiesen.

6	062/2024	Umbenennung Rudolf-Dietz-Straße, Idstein-Kern
---	----------	-----------------------------------------------

Bemerkungen:

Stadtverordneter Ott berichtet über die Beratung und Abstimmung des Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsausschusses.

Stadtverordneter Weiß beantragt die Drucksache zusammen mit dem Änderungsantrag der GRÜNE-, SPD- und ULI-Fraktion zur erneuten Beratung an den Ortsbeirat Idstein-Kern zu überweisen. Er begründet seinen Antrag damit, dass der Ortsbeirat bisher ausschließlich die Gelegenheit erhalten hat, über den Namensvorschlag "An der Lehmkauf" ein Votum abzugeben. Er weist darauf hin, dass der gemeinsame Antrag der drei Fraktionen einen neuen Namensvorschlag beinhaltet und dem Ortsbeirat die Gelegenheit gegeben werden sollte, eine Stellungnahme hierzu abzugeben.

Stadtverordneter von der Heidt sieht eine erneute Beratung im Ortsbeirat Idstein-Kern über einen neuen Namensvorschlag nicht als notwendig an, da sich der Ortsbeirat bereits gegen eine Umbenennung der Straße unabhängig vom jeweiligen Vorschlag eines anderen Straßennamens ausgesprochen hat.

Beschluss:

Die Drucksache Nr. 062/2024 betr. Umbenennung Rudolf-Dietz-Straße wird gemeinsam mit den eingereichten Änderungsanträgen zur erneuten Beratung an den Ortsbeirat Idstein-Kern überwiesen.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich abgelehnt

Ja: 20 Nein: 21 Enthaltung: 0

Stadtverordneter Dr. Brünger kritisiert die Taten sowie die Haltung von Rudolf Dietz und macht seine ablehnende Haltung hierzu deutlich. Er bringt folgenden Ergänzungsantrag ein und verweist auf die Einigkeit unter den Fraktionen zu der ablehnenden Haltung:

Die Stadtverordnetenversammlung möge in separater Abstimmung über einen der Vorlage vorangestellten Punkt 0. mit folgendem Wortlaut beschließen:

0. Die Stadtverordnetenversammlung verabschiedet die folgende Erklärung in Anlehnung an die einstimmige Erklärung des Ortsbeirats Idstein-Kern: „Rudolf Dietz hat neben harmlosen Heimatgedichten auch eindeutig faschistisch und antisemitisch geprägte Dichtung verfasst, die das nationalsozialistische Führertum verherrlichte und die jüdische Bevölkerung stigmatisierte. Die Stadtverordnetenversammlung verurteilt diese Haltung und diese Äußerungen aufs Schärfste. Die Stadtverordnetenversammlung sieht es kritisch, dass es durch die Benennung der Rudolf-Dietz-Straße in den 1960er Jahren zu einer dauerhaften

öffentlichen Ehrung einer Person gekommen ist, die sich aktiv dergestalt geäußert hat. Sie wird sich dafür einsetzen, dass sich solches nicht wiederholt.“

Stadtverordneter Dr. Brünger teilt mit, dass Einigkeit unter den Fraktionen in Bezug auf die Anbringung eines Zusatzschildes unter dem Straßenschild und die hierfür im Ortsbeirat Idstein-Kern getroffene Formulierung besteht. Er spricht sich für die Umbenennung der Rudolf-Dietz-Straße aus und legt die Außenwirkung eines Straßennamens dar. Er plädiert dafür, ein Zeichen zu setzen und sich von Antisemitismus und Faschismus zu distanzieren. Er spricht sich für die Berücksichtigung des Bürgerwillens aus, sieht dennoch aufgrund der großen Außenwirkung eine Umbenennung als geboten an. Des Weiteren geht er auf den Änderungsantrag der GRÜNE-, SPD- und ULI-Fraktion mit dem neuen Namensvorschlag "Ruth-Pappenheimer-Straße" ein und bittet um Zustimmung zu dem Antrag.

Stadtverordneter Dr. Dr. Abramenko spricht sich für den Ergänzungsantrag der GRÜNE-Fraktion bzgl. der gemeinsamen Erklärung aus. Er sieht die Umbenennung der Straße aufgrund von historischen und politischen Gründen für nicht erforderlich an. Er geht auf weitere Namensträger und deren Haltung und Taten ein. Weiter geht er auf die positiven Handlungen von Rudolf Dietz ein und stimmt dem Vorschlag des Ortsbeirates zur Beibehaltung des Straßennamens und Anbringung eines Zusatzschildes zu. Er plädiert dafür, die Umfrage der Anwohner sowie das Votum des Ortsbeirates zu berücksichtigen.

Stadtverordneter Kilian macht seine ablehnende Haltung zu den Taten von Rudolf Dietz deutlich. Er spricht sich für die Berücksichtigung des Bürgervotums sowie die Meinung des Ortsbeirates aus und teilt mit, dass er dem Vorschlag des Ausschusses zur Beibehaltung des Straßennamens und Anbringung eines Zusatzschildes zustimmen wird.

Stadtverordneter von der Heidt geht auf das Votum des Ortsbeirates sowie der Bürger ein, den Straßennamen beizubehalten. Er sieht bei der Umbenennung der Straße die Gefahr der Politikverdrossenheit aufgrund des außer Acht Lassens der Meinung der Bürger und der Beschlüsse des Ortsbeirates. Er spricht sich für die Beibehaltung des Straßennamens und die Anbringung eines Zusatzschildes aus. Er beantragt, folgenden Vorschlag des Ortsbeirates bezüglich der Formulierung des Zusatzschildes zu übernehmen: „Die Straße wurde 1962 nach dem Lehrer Rudolf Dietz (1863-1942) benannt. Dietz verfasste Heimatgedichte in Nassauer Mundart mit volkstümlichem, harmlosem Charakter. Er war aber auch Autor eindeutig faschistisch und antisemitisch geprägter Dichtung, die das nationalsozialistische Führertum verherrlichte und die jüdische Bevölkerung stigmatisierte. Gegen diese Haltungen bezieht die Hochschulstadt Idstein im Jahr 2024 deutlich Stellung.“

Stadtverordneter Müller macht auf die Haltung und die Taten von Rudolf Dietz aufmerksam und bekräftigt argumentativ seine ablehnende Haltung hierzu. Er sieht mit der Beibehaltung des Straßennamens eine Ehrung von Rudolf Dietz und durch diese Ehrung eine Beschädigung des Ansehens der Stadt Idstein. Er plädiert für die Umbenennung der Straße und bittet um Zustimmung des gemeinsamen Änderungsantrages. Anschließend beantragt er die namentliche Abstimmung über die Frage der Umbenennung der Straße.

Stadtverordneter Weiß berichtet über das Verhalten von Rudolf Dietz und distanziert sich deutlich davon. Er teilt mit, dass im Zuge der Umbenennung keine Erinnerung gelöscht, sondern die Ehrung des Namens bzw. der Person entfällt. Er sieht keine schwerwiegenden Argumente, um eine Umbenennung nicht vorzunehmen. Er teilt mit, dass das Votum des Ortsbeirates in der Abwägung berücksichtigt wird, allerdings die Entscheidung letztendlich die Stadtverordnetenversammlung treffen muss. Abschließend spricht er sich für die Umbenennung der Straße aus und bittet um Zustimmung.

Stadtverordnete Oestreich berichtet über die Handlungen von Rudolf Dietz und macht ihre ablehnende Haltung hierzu deutlich. Sie berichtet außerdem über den Grund der Ermordung von Ruth Pappenheimer und sieht sie als geeignete Namensgeberin für die Rudolf-Dietz-Straße. Sie spricht sich für die Umbenennung der Straße und die Anbringung eines Zusatzschildes aus.

Stadtverordneter Ott spricht den christlichen Aspekt der Versöhnung an. Er trägt vor, dass die Tatsachen über Rudolf Dietz seit 2002/2003 bekannt sind und bisher keine Veränderung erfolgte. Er bemängelt die fehlende Festlegung, ab wann eine Straßenumbenennung erfolgt. Er regt an, für

künftige Fälle ein Konzept zu entwickeln, wonach in Zukunft liegende Entscheidungen getroffen werden können.

Stadtverordneter Zimmer ist der Meinung, dass mit der Umbenennung der Straße nicht das Ziel erreicht wird, welches von den Fraktionen verfolgt wird. Er sieht die Beibehaltung des Straßennamens und die Anbringung eines Zusatzschildes als richtigen Weg an.

Stadtverordnete Reineke-Westphal sieht eine Ehrung der Person mit der Beibehaltung des Straßennamens. Sie weist auf die auf Briefumschlägen und in Navigationssystemen befindlichen Straßennamen und dort nicht ersichtlichen Zusatzschilder hin. Sie ist der Meinung, dass das Zusatzschild nicht von den Menschen wahrgenommen wird. Sie weist darauf hin, dass Wiesbaden und Darmstadt bereits die Straße umbenannt haben, obwohl dort eine große Anzahl an Personen wohnhaft ist.

Stadtverordnete Dr. Anderegg bezieht sich auf die Änderungsanträge zu der gemeinsamen Erklärung und äußert Unsicherheit bezüglich ihres persönlichen Abstimmungsverhaltens aufgrund der Äußerungen der Fraktionen.

Stadtverordnetenvorsteher Zarda stellt nach Rückfrage fest, dass der von Stadtverordneten Timo Müller gestellte Antrag auf namentliche Abstimmung namens der Fraktion Bündnis 90/DIE Grünen gestellt wurde. Nach § 20 der Geschäftsordnung ist damit namentlich über die Frage einer Umbenennung der Straße abzustimmen.

Zunächst wird über den Ergänzungsantrag der GRÜNE- und FWG-Fraktion zur gemeinsamen Erklärung abgestimmt.

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung verabschiedet die folgende Erklärung in Anlehnung an die einstimmige Erklärung des Ortsbeirats Idstein-Kern: „Rudolf Dietz hat neben harmlosen Heimatgedichten auch eindeutig faschistisch und antisemitisch geprägte Dichtung verfasst, die das nationalsozialistische Führertum verherrlichte und die jüdische Bevölkerung stigmatisierte. Die Stadtverordnetenversammlung verurteilt diese Haltung und diese Äußerungen aufs Schärfste. Die Stadtverordnetenversammlung sieht es kritisch, dass es durch die Benennung der Rudolf-Dietz-Straße in den 1960er Jahren zu einer dauerhaften öffentlichen Ehrung einer Person gekommen ist, die sich aktiv dergestalt geäußert hat. Sie wird sich dafür einsetzen, dass sich solches nicht wiederholt.“

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

Ja: 22 Nein: 0 Enthaltung: 19

Anschließend wird über die Empfehlung des Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsausschusses namentlich abgestimmt. Das Ergebnis der namentlichen Abstimmung ist der Niederschrift als Anlage beigefügt.

Beschluss:

Der Empfehlung des Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsausschusses, die Rudolf-Dietz-Straße nicht umzubenennen, wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich zugestimmt

Ja: 21 Nein: 20 Enthaltung: 0

Aufgrund des vorangegangenen Beschlusses entfällt der Änderungsantrag der SPD-, GRÜNE- und ULI-Fraktion zum neuen Namensvorschlag.

Anschließend wird über die Anbringung eines Zusatzschildes und den Antrag der CDU-Fraktion zur Übernahme der Formulierung des Ortsbeirates Idstein-Kern abgestimmt.

Beschluss:

An das Straßenschild der Rudolf-Dietz-Straße wird ein Zusatzschild mit folgendem Text angebracht:
„Die Straße wurde 1962 nach dem Lehrer Rudolf Dietz (1863-1942) benannt. Dietz verfasste Heimatgedichte in Nassauer Mundart mit volkstümlichem, harmlosem Charakter. Er war aber auch Autor eindeutig faschistisch und antisemitisch geprägter Dichtung, die das nationalsozialistische Führertum verherrlichte und die jüdische Bevölkerung stigmatisierte. Gegen diese Haltungen bezieht die Hochschulstadt Idstein im Jahr 2024 deutlich Stellung.“

Abstimmungsergebnis:
einstimmig zugestimmt

Ja: 40 Nein: 0 Enthaltung: 1

7	149/2024	Antrag der FWG-Fraktion betr. Änderung der Hauptsatzung – Verringerung der Zahl der Stadtverordneten in der Stadtverordnetenversammlung
---	----------	------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------

Bemerkungen:

Stadtverordneter Ott berichtet über die Empfehlung des Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsausschusses, die Beschlussfassung zu vertagen.

Stadtverordneter Ott trägt vor, dass in der vergangenen Wahlperiode 37 Mandatsträger ausgereicht haben. In Anerkennung an die steigende Einwohnerzahl schlägt er eine Verringerung der Zahl der Stadtverordneten auf 39 vor und bittet um Zustimmung seines Antrags. Er sieht bei der Verringerung der Zahl einen Gewinn in der Effektivität der Arbeit des Gremiums sowie Kosteneinsparungen.

Stadtverordneter von der Heidt nennt als mögliche Maßnahme zur Kosteneinsparung eine Verringerung der Aufwandsentschädigung für die Mandatsträger.

Stadtverordneter Dr. Dr. Abramenko beantragt, über den Vorschlag des Ausschusses zur Vertagung des Antrags abzustimmen.

Beschluss:

Der Antrag der FWG-Fraktion betr. Änderung der Hauptsatzung – Verringerung der Anzahl der Stadtverordneten in der Stadtverordnetenversammlung wird bis zur erfolgten Gesetzesänderung der HGO vertagt.

Abstimmungsergebnis:
mehrheitlich zugestimmt

Ja: 36 Nein: 4 Enthaltung: 0

8	190/2024	Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Idstein betr. Instandsetzung Buswartehallen
---	----------	----------------------------------------------------------------------------------------------

Bemerkungen:

Stadtverordnetenvorsteher Zarda berichtet darüber, dass der Bau- und Planungsausschuss keine Beschlussempfehlung abgegeben hat, da seitens der Fraktionen Änderungsanträge angekündigt wurden, welche heute vorliegen.

Stadtverordneter von der Heidt berichtet über die Einigkeit im Ausschuss, dass die aktuelle Situation der Buswartehallen nicht zufriedenstellend ist. Er berichtet, dass keine Einigkeit über die

Funktionalität und Zweckmäßigkeit der Buswartehallen im Ausschuss bestand. Er sieht die aktuelle Konstruktion von der Funktionalität und der Beständigkeit nicht als sinnvoll an und bemängelt den ständigen Vandalismus. Er plädiert dafür, bei notwendiger Erneuerung der Buswartehallen geeignetere Alternativen aufzustellen. Er teilt mit, dass die Ziffern 4b) - e) des Änderungsantrags der GRÜNE-Fraktion in den konkurrierenden Hauptantrag der CDU-Fraktion übernommen werden und der Antrag der CDU-Fraktion zum gemeinsamen Antrag der CDU- und GRÜNE-Fraktion wird.

Stadtverordnete Reineke-Westphal spricht sich für vandalismussichere Buswartehallen aus und sieht ein Konzept als notwendig an. Sie teilt mit, dass sich der Ursprungsantrag sowie der Änderungsantrag der GRÜNE-Fraktion mit der Aufnahme der von Stadtverordneten von der Heidt genannten Ziffern erledigt habe.

Stadtverordneter Karp stellt die Frage, ob im Zuge des Verfahrens über einen Studenten oder Architekturwettbewerb nachgedacht werden könnte.

Es besteht Einvernehmen darüber, dass im Zuge der Gestaltung der Buswartehallen der Vorschlag eines Studenten- oder Architekturwettbewerbs an die Verwaltung herangetragen wird.

Beschluss:

Der Magistrat wird beauftragt,

1. Die Buswartehallen im Stadtgebiet der Stadt Idstein einer Prüfung dahingehend zu unterziehen, ob die bestehenden einheitlichen Buswartehallen individuell standortbezogen durch andere alternative Buswartehallen ersetzt werden können, die in Material, Ausstattung und Design dem jeweils individuellen Standort angepasst sind und eines geringeren Pflege- und Unterhaltungsaufwandes bedürfen sowie unempfindlicher gegen Beschädigungen und Vandalismus sind. Dabei ist die Möglichkeit zu berücksichtigen, dass nicht alle Buswartehallen im gesamten Stadtgebiet in einheitlicher Optik gestaltet werden müssen.

Zudem sind auch Möglichkeiten mit einzubeziehen,

- Photovoltaik zur Beleuchtung vorzusehen
- Dachbegrünung vorzusehen
- Fremdfirmen zu gewinnen, die in / an den Buswartehäuschen Werbeflächen vermieten und hierfür die Pflege / Unterhaltung der jeweiligen Anlage übernehmen.

2. Sofern an bestimmten Standorten die Analyse ergibt, dass die vorhandenen Buswartehallen erhalten bleiben sollten, soll die Möglichkeit geprüft werden, die vorhandenen Glasscheiben gegen bruchunempfindlichere Materialien auszutauschen (wie z. B. Plexiglas, Makrolon).

3. Für die unter Ziffer 1. und 2. angeführten Prüfungen soll eine Kostenschätzung für die erzielten Ergebnisse und daraus empfohlenen Maßnahmen oder Ersetzungen der bestehenden Anlagen erfolgen und der Stadtverordnetenversammlung vorgelegt werden. Außerdem soll bei der Prüfung Folgendes berücksichtigt werden:

- a) Wäre die Erneuerung bzw. der Neubau der Buswartehallen aus Mitteln des Bundes/Landes förderfähig? Falls ja, mit welchem Fördersatz für

- Planung und

- Bau

wäre zu rechnen?

- b) Welche Kosten würden somit grob geschätzt saldiert bei der Stadt Idstein verbleiben?

- c) Mit welcher Zeitschiene bis zur Inbetriebnahme der neuen Buswartehallen wäre zu rechnen, falls ein entsprechender Förderantrag gestellt und unter Berücksichtigung der üblichen Bewilligungsdauern bei Hessen Mobil bewilligt würde?

- d) Mit welchen grob geschätzten Kosten wäre zu rechnen, falls die vorhandenen Buswartehallen bestehen blieben und nur bauliche Mängel (insbesondere fehlende Scheiben) behoben würden?
4. Als kurzfristige Maßnahme wird der Magistrat beauftragt, die vorhandenen Buswartehallen von Graffiti, Aufklebern und Grünbelag zu säubern; defekte Verglasungen sind jedoch zunächst nicht zu ersetzen bis eine neue Lösung für die individuellen Standorte gefunden ist.
5. Der Magistrat wird gebeten, mit der RTV in Kontakt zu treten und darauf hinzuwirken, dass die in Zuständigkeit der RTV stehenden Haltestellen-Paddel sowie Fahrplankästen aktualisiert, gesäubert und in Stand gesetzt werden.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

Ja: 39 Nein: 0 Enthaltung: 1

9	148/2024	Prüfantrag der FWG-Fraktion betr. Bewerbung der Hochschulstadt Idstein für den Hessentag 2027 und/oder 2028
---	----------	--------------------------------------------------------------------------------------------------------------------

Bemerkungen:

Stadtverordnetenvorsteher Zarda berichtet über die Beratung und Abstimmung im Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsausschusses.

Stadtverordnete Dr. Anderegg weist auf die strittige Abstimmung im Ausschuss hin. Sie geht auf die im Antrag gestellten Fragen ein und stellt in Frage, inwieweit Bad Vilbel eine Kostenschätzung abgeben kann, obwohl der Hessentag dort noch nicht stattgefunden hat. Sie bezieht sich auf den Kostenrahmen und berichtet über die finanziellen Defizite der Kommunen Herborn, Rüsselsheim, Korbach, Bad Hersfeld, Haiger, Pfungstadt und Fritzlar nach Durchführung des Hessentags. Sie weist auf die Kritik des Bundes der Steuerzahler hin und plädiert dafür, diese zu berücksichtigen. Weiter weist sie auf den eingebrachten Haushalt hin und auf die mit der Durchführung des Hessentags zu stemmenden Millionenbeträge. Zuletzt zeigt sie eine enorme Belastung für die Verwaltung und das Leisten von Überstunden auf und teilt mit, dass ihre Fraktion den Antrag ablehnen wird.

Stadtverordneter Ott sieht auch ein mit der Ausrichtung des Hessentags einhergehendes mögliches Defizit, dennoch legt er als Argumente für die Ausrichtung die positiven Aspekte wie die verbesserte Infrastruktur sowie ein gestärktes Wir-Gefühl dar. Er trägt vor, dass die positiven Aspekte für ihn mehr wiegen als die Ausgaben der Stadt.

Stadtverordneter Dr. Brünger sieht auch die positiven Aspekte, dennoch steht er dem Hessentag in Idstein sowie der Prüfung kritisch gegenüber. Er sieht noch Bedarf in dem Bereich Sicherheit und geht auf das zu erwartende Defizit ein. Des Weiteren sieht er keinen Bedarf an infrastrukturellen Veränderungen in dem Umfang, in dem dies im Jahr 2002 notwendig war. Er geht auf die fehlende Personalkapazität der Verwaltung ein und plädiert dafür, das Thema Hessentag nicht heute sondern in ein paar Jahren erneut zu prüfen.

Stadtverordneter Piaskowski sieht es als legitim an, nach 25 Jahren eine erneute unvoreingenommene Prüfung vorzunehmen.

Stadtverordneter Dr. Dr. Abramenko steht eine Prüfung positiv gegenüber und plädiert dafür, das Ergebnis abzuwarten.

Stadtverordneter Stappel sieht die Prüfung nicht als notwendig an, da von einem Defizit in mehrfacher Millionenhöhe ausgegangen werden kann. Er sieht das Profitieren der Stadt Idstein von der Ausrichtung des Hessentags in deutlich geringerem Maße als vor 25 Jahren. Er weist darauf hin, dass mit der Ausrichtung des Hessentags große Teile der Verwaltung über einen längeren Zeitraum stillgelegt werden.

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten bzw. zu prüfen:

1. Ob eine Bewerbung der Hochschulstadt Idstein für den Hessentag 2027 oder in den Folgejahren von Interesse sein könnte.
2. Dabei sind der Stadtverordnetenversammlung ein möglicher Kostenrahmen, der personelle Aufwand, die Vor- und Nachteile der Durchführung darzustellen.
3. Von den aktuellen Hessentagsstädten Fritzlar und Bad Vilbel sind Erfahrungsberichte einzuholen.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich zugestimmt

Ja: 28 Nein: 12 Enthaltung: 0

Tagesordnung II		
10	072/2024	2. Änderung der Richtlinie über die Budgets der Ortsbeiräte der Stadt Idstein

Bemerkungen:

Keine.

Beschluss:

1. Die 2. Änderung der Richtlinie über die Budgets der Ortsbeiräte der Stadt Idstein in der geänderten Form über die Erhöhung des Betrages pro Einwohner auf 0,97 € und des Sockelbetrages auf 1.212,00 € wird gemäß der Anlage beschlossen.
2. Der Sperrvermerk wird aufgehoben.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

Ja: 36 Nein: 0 Enthaltung: 0

11	155/2024	Gleichstromverbindung Ultramet - Einlegung von Rechtsmitteln für eine evtl. Besitzeinweisung auf Antrag der Fa.Amprion an die Bundesnetzagentur (BNetzA)
----	-----------------	-----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------

Bemerkungen:

Keine.

Beschluss:

Der Magistrat wird beauftragt, sollte die zuständige Bundesnetzagentur (BNetzA) auf Antrag der Vorhabenträgerin Amprion GmbH eine vorzeitige Besitzeinweisung für die geplante Gleichstromverbindung Ultramet genehmigen, alle rechtlichen Mittel der Anfechtung dieser behördlichen Entscheidung zu nutzen, damit diese aufgehoben oder geändert wird (Einspruch, Widerspruch, Anfechtungsklage).

Abstimmungsergebnis:
einstimmig zugestimmt

Ja: 36 Nein: 0 Enthaltung: 0

12	169/2024	Initiierung einer Interkommunalen Zusammenarbeit (IKZ) zur Wahrnehmung von Aufgaben aus dem Hinweisgeberschutzgesetz und der Einrichtung einer gemeinsamen internen Meldestelle zwischen den Kommunen Hünstetten, Idstein, Taunusstein und dem RTK
----	----------	-----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------

Bemerkungen:

Keine.

Beschluss:

1. Die Stadt Idstein beteiligt sich im Rahmen einer Interkommunalen Zusammenarbeit (IKZ) mit Wirkung der Unterzeichnung der Vereinbarung an der Internen Meldestelle des Rheingau-Taunus-Kreises.
2. Der öffentlich-rechtlichen Vereinbarung (Anlage 1 zur Drucksache-Nr. 169/2024) wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:
einstimmig zugestimmt

Ja: 35 Nein: 0 Enthaltung: 1

13	177/2024	Beteiligungsbericht 2022
----	----------	---------------------------------

Bemerkungen:

Keine.

Beschluss:

1. Der Beteiligungsbericht der Stadt Idstein für das Haushaltsjahr 2022 wird zur Kenntnis genommen.
2. Die Privatisierungsprüfung nach § 121 Abs. 7 HGO hat ergeben, dass die wirtschaftlichen Betätigungen die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO erfüllen und dass diese keinem privaten Dritten übertragen werden.

Abstimmungsergebnis:
einstimmig zugestimmt

Ja: 36 Nein: 0 Enthaltung: 0

14	182/2024	Grundhafte Erneuerung der Breslauer Straße 2. BA, Danziger Straße und Egerlandstraße mit Verlegung neuer Entwässerungs- und Wasserversorgungsleitungen – Freigabe der Vorplanung und der weitergehenden Maßnahmen
----	----------	--------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------

Bemerkungen:

Keine.

Beschluss:

1. Die Vorplanung zur Kanal- und Wasserleitungserneuerung sowie der Straßenerneuerung (mit den Varianten 1, 2 und 3) der Breslauer Straße, der Danziger Straße und der Egerlandstraße (Anlagen 1 bis 6 der Drucksache-Nr. 182/204) wird zur Kenntnis genommen.

2. Auf Grundlage der vorliegenden Bewertung der Verwaltung zu den Varianten der Straßenerneuerung (Anlage 6 zur Drucksache-Nr. 182/2024) wird
 - a) der Vorplanung zur Kanal- und Wasserleitungserneuerung sowie der Straßenerneuerung (Variante 3) der Breslauer Straße zugestimmt (Anlage 1, 2 und 4 zur Drucksache-Nr. 182/2024).
 - b) der Vorplanung zur Kanal- und Wasserleitungserneuerung sowie der Straßenerneuerung (Variante 3) der Danziger Straße zugestimmt. (Anlage 1, 3 und 5 zur Drucksache-Nr. 182/2024.)
 - c) der Vorplanung zur Kanal- und Wasserleitungserneuerung sowie der Straßenerneuerung (Variante 3) der Egerlandstraße zugestimmt. (Anlage 1, 3 und 5 zur Drucksache-Nr. 182/2024.)
3. Der Magistrat wird beauftragt, auf Grundlage der Anlage 1 bis Anlage 5, die Entwurfs- und Ausführungsplanung zu erstellen sowie die Ausschreibung und Umsetzung der Maßnahme in die Wege zu leiten. Dabei sind die Bordanlagen für eine verbesserte Barrierefreiheit auf das technische Mindestmaß zu reduzieren.
4. Die Vergabe der erforderlichen Bauleistungen, auch mit einem Umfang von mehr als 250.000,00 €, wird an den Magistrat delegiert.
5. Der Magistrat wird beauftragt zu prüfen, in welchem Umfang Baumstandorte in die Planung aufgenommen werden können. Über das Ergebnis ist vor Ausschreibung der Maßnahmen der Ortsbeirat Idstein-Kern und der Stadtverordnetenversammlung zu berichten.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

Ja: 36 Nein: 0 Enthaltung: 0

15	184/2024	Umbau und Erweiterung Feuerwehr Dasbach (Maßnahme 165) – Beauftragung der Umsetzung
----	----------	------------------------------------------------------------------------------------------------

Bemerkungen:

Keine.

Beschluss:

1. Die Planungskonzeption für den Umbau und die Erweiterung der Feuerwehr in Dasbach (Anlage 1 zur Drucksache-Nr. 184/2024) wird nebst Kostenermittlung (Anlage 2 zur Drucksache-Nr. 184/2024) zur Kenntnis genommen.
2. Der Magistrat wird beauftragt, auf dieser Grundlage die Baumaßnahme umzusetzen.
3. Die Vergabe der erforderlichen Bauleistungen, auch mit einem Umfang von mehr als 250.000,00 €, wird an den Magistrat delegiert.
4. Es wird zur Kenntnis genommen, dass, gemäß Kostenzusammenstellung der Um- und Neubauten der Feuerwehrgerätehäuser (Anlage 4 zur Drucksache-Nr. 184/2024), über die bestehenden Mittelansätze für die Maßnahme 165 benötigten Mittel aus den Ansätzen für die Maßnahme 153 „Neubau Feuerwehrgerätehaus Wörsdorf“ gemäß Mittelverschiebung der Budgetierungsrichtlinie bereitgestellt werden.
5. Es wird zur Kenntnis genommen, dass zur Umsetzung der Maßnahme 165 „Umbau und Erweiterung des Feuerwehrgerätehaus Dasbach“ im Haushalt 2025 Mittel neu angemeldet werden.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

Ja: 36 Nein: 0 Enthaltung: 0

16	185/2024	Umbau und Erweiterung Feuerwehr Ehrenbach (Maßnahme 163) – Beauftragung der Umsetzung
----	----------	--------------------------------------------------------------------------------------------------

Bemerkungen:

Keine.

Beschluss:

1. Die Planungskonzeption für den Umbau und die Erweiterung der Feuerwehr in Ehrenbach (Anlage 1 zur Drucksache-Nr. 185/2024) wird nebst Kostenermittlung (Anlage 2 zur Drucksache-Nr. 185/2024) zur Kenntnis genommen.
2. Der Magistrat wird beauftragt, auf dieser Grundlage die Ausschreibung und die Baumaßnahmen umzusetzen.
3. Die Vergabe der erforderlichen Bauleistungen, auch mit einem Umfang von mehr als 250.000,00 €, wird an den Magistrat delegiert.
4. Es wird zur Kenntnis genommen, dass, gemäß Kostenzusammenstellung der Um- und Neubauten der Feuerwehrgerätehäuser (Anlage 4 zur Drucksache-Nr. 185/2024), über die bestehenden Mittelansätze für die Maßnahme 163 benötigten Mittel aus den Ansätzen für die Maßnahme 153 „Neubau Feuerwehrgerätehaus Wörsdorf“ gemäß Mittelverschiebung der Budgetierungsrichtlinie bereitgestellt werden.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

Ja: 36 Nein: 0 Enthaltung: 0

17	186/2024	Neubau Feuerwehrgerätehaus Niederauoff (Maßnahme 152) - Beauftragung der Umsetzung
----	----------	-----------------------------------------------------------------------------------------------

Bemerkungen:

Keine.

Beschluss:

1. Die Planungskonzeption für den Neubau der Feuerwehr in Niederauoff (Anlage 1 zur Drucksache-Nr. 186/2024) wird nebst Kostenermittlung (Anlage 2 zur Drucksache-Nr. 186/2024) zur Kenntnis genommen.
2. Der Magistrat wird beauftragt, auf dieser Grundlage die Baumaßnahme umzusetzen.
3. Die Vergabe der erforderlichen Bauleistungen, auch mit einem Umfang von mehr als 250.000,00 €, wird an den Magistrat delegiert.
4. Es wird zur Kenntnis genommen, dass gemäß Kostenzusammenstellung der Um- und Neubauten der Feuerwehrgerätehäuser (Anlage 4 zur Drucksache-Nr. 186) die bestehenden Mittelansätze für die Maßnahme 152 „Neubau Feuerwehrgerätehaus Niederauoff“ gemäß Mittelverschiebung der Budgetierungsrichtlinie zur Maßnahmen 163 (Ehrenbach) verschoben werden.
5. Es wird zur Kenntnis genommen, das zur Umsetzung der Maßnahme 152 „Neubau Feuerwehrgerätehaus Niederauoff“ im Haushalt 2025 Mittel neu angemeldet werden. Im Entwurf des HH 2025 der dem Magistrat vorliegt, ist die neue Kostenschätzung noch nicht enthalten.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

Ja: 36 Nein: 0 Enthaltung: 0

18	187/2024	Neubau Feuerwehrgerätehaus Wörsdorf (Maßnahme 153) - Beauftragung der Umsetzung
----	----------	------------------------------------------------------------------------------------

Bemerkungen:

Keine.

Beschluss:

1. Die Planungskonzeption für den Neubau der Feuerwehr in Wörsdorf (Anlage 1 zur Drucksache-Nr. 187/2024) wird nebst Kostenermittlung (Anlage 2 zur Drucksache-Nr. 187/2024) zur Kenntnis genommen.
2. Der Magistrat wird beauftragt, auf dieser Grundlage die Baumaßnahme umzusetzen.
3. Die Vergabe der erforderlichen Bauleistungen, auch mit einem Umfang von mehr als 250.000,00 €, wird an den Magistrat delegiert.
4. Es wird zur Kenntnis genommen, dass gemäß Kostenzusammenstellung der Um- und Neubauten der Feuerwehrgerätehäuser (Anlage 4 zur Drucksache-Nr. 187/2024) die bestehenden Mittelansätze für die Maßnahme 153 „Neubau Feuerwehrgerätehaus Wörsdorf“ gemäß Mittelverschiebung der Budgetierungsrichtlinie zu den Maßnahmen 163 (Ehrenbach) und 165 (Dasbach) verschoben werden.
5. Es wird zur Kenntnis genommen, dass zur Umsetzung der Maßnahme 153 „Neubau Feuerwehrgerätehaus Wörsdorf“ im Haushalt 2025 Mittel neu angemeldet werden. Im Entwurf des HH 2025 der dem Magistrat vorliegt, ist die neue Kostenschätzung noch nicht enthalten.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

Ja: 36 Nein: 0 Enthaltung: 0

19	192/2024	Antrag der SPD-Fraktion betr. Auswirkungen einer Grundsteuer C
----	----------	----------------------------------------------------------------

Bemerkungen:

Keine.

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat wird beauftragt, der Stadtverordnetenversammlung über die Vor- und Nachteile der Einführung einer Grundsteuer C in Idstein zu berichten. Dabei sind insbesondere folgende Fragen zu beantworten:

1. Wie viele Grundstücke würden in Idstein unter eine Grundsteuer C fallen?
2. Wie viele Mehrerträge würden bei dem maximalen Satz (5x Grundsteuer B) durch die Einführung einer Grundsteuer C generiert werden können?
3. Wie hoch wäre der Verwaltungsaufwand für eine Erstveranlagung einer Grundsteuer C und wie hoch für die jährlichen Kontrollen?

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

Ja: 36 Nein: 0 Enthaltung: 0

20	193/2024	Berichtsantrag der ULI-Fraktion betr. Förderung der Sprachkompetenz bei Kita-Kindern
----	----------	--------------------------------------------------------------------------------------

Bemerkungen:

Keine.

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten, zu den nachfolgenden Fragen zu berichten.

- Wie hoch ist die Anzahl der Kinder in Idstein, welche bei sprachlichen Defiziten gefördert werden und wie hoch ist die Quote der Kinder, welche die Förderung erfolgreich durchlaufen?
- Nimmt Idstein aktuell an Förderprogrammen zur sprachlichen Bildung von Kindern des Landes Hessen, oder der Bundesregierung teil? Ist eine Fortführung der Sprachförderung geplant, unabhängig von der aktuellen Förderprogrammen?
- Werden die aktuellen Maßnahmen als ausreichend angesehen, oder ist aus Sicht des Magistrates zusätzliche Unterstützung erforderlich?

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

Ja: 36 Nein: 0 Enthaltung: 0

21	113/2024	Erwerb von Grundstücken des Hofguts Gassenbach
----	----------	------------------------------------------------

Bemerkungen:

Keine.

Beschluss:

Die Drucksache Nr. 113/2024 betr. Erwerb von Grundstücken des Hofguts Gassenbach wird bis zur Vorlage der Ersteinschätzungen von Fachexperten zu den Themen Tragwerk/Statik, Schadstoffe, Boden- und Holzschutz vertagt.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

Ja: 36 Nein: 0 Enthaltung: 0

22	142/2024	Richtlinien des Sozialfonds der Hochschulstadt Idstein
----	----------	--------------------------------------------------------

Bemerkungen:

Keine.

Beschluss:

Die Drucksache Nr. 142/2024 betr. Richtlinien des Sozialfonds der Hochschulstadt Idstein wird in die nächste Sitzung des Ausschusses für Jugend, Kultur, Sport und Soziales vertagt.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

Ja: 36 Nein: 0 Enthaltung: 0

23	191/2024	Prüfantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Idstein betr. Prüfung Frauenhaus
----	----------	--------------------------------------------------------------------------------

Bemerkungen:

Keine.

Beschluss:

Der Prüfantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen betr. Prüfung Frauenhaus wird bis zur Vorlage der Rückmeldung des Rheingau-Taunus-Kreises vertagt.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

Ja: 36 Nein: 0 Enthaltung: 0

24	163/2024	Dringlichkeitsantrag der FDP-Fraktion betr. Einreichung einer Ultranet-Alternativtrasse
----	----------	-----------------------------------------------------------------------------------------

Bemerkungen:

Keine.

Beschluss:

Der Dringlichkeitsantrag der FDP-Fraktion betr. Einreichung einer Ultranet-Alternativtrasse wird aufgrund des Beschlusses zur Drucksache-Nr. 155/2024 für erledigt erklärt.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

Ja: 36 Nein: 0 Enthaltung: 0

25	189/2024	Berichts Antrag des Stadtverordneten Kessner betr. Status zum Projekt Sanierung der Bahn-Anlagen des Bahnhofs Idstein durch DB InfraGO AG
----	----------	-------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------

Bemerkungen:

Keine.

Beschluss:

Der Berichts Antrag des Stadtverordneten Kessner betr. Status zum Projekt Sanierung der Bahn-Anlagen des Bahnhofs Idstein durch DB InfraGO AG wird durch Verwaltungshandeln für erledigt erklärt.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

Ja: 36 Nein: 0 Enthaltung: 0

26	195/2024	Antrag der FDP-Fraktion betr. Sanierung der Idsteiner Bahn-Anlagen
----	----------	--------------------------------------------------------------------

Bemerkungen:

Keine.

Beschluss:

Der Antrag der FDP-Fraktion betr. Sanierung der Idsteiner Bahnstufunterführung wird für erledigt erklärt.

Abstimmungsergebnis:
einstimmig zugestimmt

Ja: 36 Nein: 0 Enthaltung: 0

27	196/2024	Antrag der FDP-Fraktion betr. vorzeitige Ultramet-Besitzeinweisung
----	----------	--------------------------------------------------------------------

Bemerkungen:

Keine.

Beschluss:

Antrag der FDP-Fraktion betr. vorzeitige Ultramet-Besitzeinweisung wird aufgrund des Beschlusses zur Drucksache-Nr. 155/2024 für erledigt erklärt.

Abstimmungsergebnis:
einstimmig zugestimmt

Ja: 36 Nein: 0 Enthaltung: 0

Stadtverordnetenvorsteher Zarda schließt die Sitzung um 22:06 Uhr.

Thomas Zarda
Vorsitzender

Daniela Hornisch
Schriftführerin